

Kirche zwang Russen, in Berlin Gräber auszuheben

Im Zweiten Weltkrieg Lager auf Friedhof in Neukölln

VON RAOUL FISCHER
UND SIGRID KNEIST

Sie heißen Alexej, Fedor oder Steppan. Gegen ihren Willen wurden sie während des Zweiten Weltkriegs verpflichtet, in Berlin Gräber auszuheben und die vielen Toten der Bombennächte zu bestatten. Von 1943 bis zum Kriegsende gab es auf dem Jerusalems-Kirchhof an der Hermannstraße in Neukölln ein Zwangsarbeiterlager mit rund hundert Gefangenen, aus dem Berliner Gemeinden Arbeiter anforderten. Das belegen Dokumente, die in der evangelischen Jerusalems- und Neue Kirchgemeinde in Kreuzberg, zu der der Friedhof gehört, ans Licht kamen. Gestern äußerte sich Bischof Wolfgang Huber erstmals öffentlich über das Lager.

Die Dokumente, die durch die Arbeit eines BM-Projekts entdeckt wurden und derzeit noch bei Pfarrer Olaf Köppen gelagert werden, enthalten größtenteils russische Namen. Akribisch sind der Lohn der Arbeiter und die Kosten der Gemeinde aufgelistet. Laut Kirchensprecher Reinhard Lampe geht daraus hervor, dass es zwei Baracken auf dem Kirchhofgelände gab: eine mit Unterkünften für die Zwangsarbeiter und eine mit Werkstätten und der Küche. 47 Namen von so genannten Ostarbeitern seien bislang bekannt. Indirekt lasse sich aus den Unterlagen auf unwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen schließen. Der genaue Standort der Baracken gehe aus den Unterlagen bisher nicht hervor, sagte Pfarrer Köppen. Vermutlich waren sie auf einer Freifläche am Rande des Friedhofs errichtet worden.

Unterzeichnet waren die Akten über den Einsatz der „Ostarbeiter“ mit dem Namen „von Barfeld“. Auch hier ist nach Köppens Angaben unklar, ob von Barfeld Kirchmeister der Gemeinde war – also die finanziellen Belange regelte – oder ob er der Friedhofsverwaltung angehörte. Nach Köppens Auffassung ist dies der erste bekannt gewordene Einsatz von Zwangsarbeitern auf Friedhöfen von Berliner Gemeinden.

Wolfgang Huber sprach gestern von einem „blinden Fleck“ in der deutschen Gesellschaft bei der Zwangsarbeiterfrage. „Daran haben wir leider auch als Kirche teilgenommen“, sagte der Bischof. In der Kirche sei die Aufarbeitung bislang nur auf Predigt und Diakonie konzentriert gewesen. Nun stehe der wirtschaftliche Aspekt mehr im Mittelpunkt. Es dürfe nicht übersehen werden, „dass kirchliche Einrichtungen auch Wirtschaftsbetriebe sind und damit den gleichen wirtschaftlichen Zwängen unterliegen. Das wird ja bis heute nicht ausreichend wahrgenommen“.

Die Diakonie untersucht schon seit einiger Zeit, inwieweit in ihren Häusern Zwangsarbeiter beschäftigt wurden. Erste Fälle wurden bislang aus Nord- und Südwestdeutschland bekannt. In Berlin laufen die Forschungen. Bischof Huber rief die Gemeinden auch gestern dazu auf, sich des Themas anzunehmen und ihre NS-Vergangenheit aufzuarbeiten. Im September sollen Vertreter der betroffenen Kirchengemeinden zusammenkommen, um weitere Schritte zur Aufklärung zu beraten.

FAZ 12.7.00

Zwangsarbeit bei der Evangelischen Kirche

Die Evangelische Kirche in Berlin hat von 1943 bis Kriegsende ein Zwangsarbeiterlager für etwa 100 Menschen auf dem Jerusalemer Kirchhof betrieben. Dies teilte Bischof Wolfgang Huber am Dienstag mit: „An dem generellen blinden Fleck, den es in der deutschen Gesellschaft insgesamt gegenüber der Zwangsarbeiterfrage gegeben hat, haben wir leider als Kirche auch teilgenommen.“ Die berlin-brandenburgische Kirchenleitung hat daher eine Arbeitsgruppe zur Erforschung des Kirchenkampfes in der NS-Zeit beauftragt, den Einsatz von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen zu erforschen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Weitere Details erhofft sich die Kirche vor allem von Recherchen in Bibliotheken und Archiven sowie von Zeitzeugenbefragungen. Mitarbeiter der Berliner Jerusalems- und Neuen Kirchengemeinde im Evangelischen Kirchenkreis Berlin-Stadtmitte hatten die Kirchenleitung im Juni darauf aufmerksam gemacht, dass 26 evangelische und zwei katholische Kirchen-

gemeinden im Jahr 1943 ein Zwangsarbeiterlager errichteten. Aus Unterlagen im Gemeindearchiv sind 47 Namen von so genannten „Ostarbeitern“ bekannt. Indirekt lasse sich aus den Unterlagen auf die unwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen schließen, heißt es in einer Mitteilung. Erstmals sei darüber schon vor fünf Jahren in einer Gemeindechronik berichtet worden, was damals weithin unbeachtet geblieben sei. „Es ist bedrückend, wie planmäßig auch Kirchengemeinden den kriegsbedingten Arbeitskräftemangel durch den Einsatz von Zwangsarbeitern ausgeglichen haben – in diesem Fall für dringende Arbeiten auf den Friedhöfen“, betonte Huber. „Damit waren sie eingebunden in das NS-Herrschaftssystem.“ Allerdings dürfe nicht übersehen werden, „dass kirchliche Einrichtungen auch Wirtschaftsbetriebe sind und damit den gleichen wirtschaftlichen Zwängen unterliegen“. Dies werde bis heute in der Öffentlichkeit nicht ausreichend wahrgenommen. Die Aufarbeitung der NS-Zeit sei in der Kirche bisher auf Predigt und Diakonie konzentriert gewesen. Erst jetzt werde das Augenmerk auch auf die wirtschaftliche Dimension gerichtet. dpa

Zwangsarbeiter auf Kirchhof beschäftigt

Huber will Arbeitsgruppe zur Erforschung des Kirchenkampfes

Berlin (dpa/PNN). Die Evangelische Kirche in Berlin hat von 1943 bis Kriegsende ein Zwangsarbeiterlager für etwa 100 Menschen auf dem Jerusalemer Kirchhof betrieben. Dies teilte Bischof Wolfgang Huber am Dienstag mit und sagte: „An dem generellen blinden Fleck, den es in der deutschen Gesellschaft insgesamt gegenüber der Zwangsarbeiterfrage gegeben hat, haben wir leider als Kirche auch teilgenommen.“

Die berlin-brandenburgische Kirchenleitung hat daher jetzt die Arbeitsgruppe zur Erforschung des Kirchenkampfes in der NS-Zeit beauftragt, den Einsatz von Zwangsarbeitern in kirchlichen Einrichtungen zu erforschen und die Ergebnisse zu veröffentlichen. Weitere Details zum Einsatz von Zwangsarbeitern erhofft sich die Kirche vor allem von Recherchen in Bibliotheken und Archiven sowie von Zeitzeugenbefragungen.

Mitarbeiter der Berliner Jerusalems- und Neuen Kirchengemeinde im Evangelischen Kirchenkreis Berlin-Stadtmitte hatten die Kirchenleitung bereits im Juni darauf aufmerksam gemacht, dass 26 evangelische und zwei katholische Kirchengemeinden im Jahr 1943 ein Zwangsarbeiterlager errichteten.

Aus Unterlagen im Gemeindearchiv sind 47 Namen von so genannten „Ostarbeitern“ bekannt. Indirekt lasse sich aus den Unterlagen auf die unwürdigen Lebens- und Arbeitsbedingungen schließen, heißt es in der Pressemitteilung am Dienstag dazu. Erstmals sei darüber schon vor fünf Jahren in einer Gemeindechronik berichtet worden, was damals weithin unbeachtet geblieben sei.

„Es ist bedrückend, wie planmäßig auch Kirchengemeinden den kriegsbedingten Arbeitskräftemangel durch den Einsatz von Zwangsarbeitern ausgeglichen haben – in diesem Fall für dringende Arbeiten auf den Friedhöfen“, betonte Bischof Huber dazu. „Damit waren sie eingebunden in das NS-Herrschaftssystem.“ Allerdings dürfe nicht übersehen werden, „dass kirchliche Einrichtungen auch Wirtschaftsbetriebe sind und damit den gleichen wirtschaftlichen Zwängen unterliegen“.

TAGESZEITUNG 12.7.00

KIRCHEN-ZWANGSARBEIT

Lager auf Kirchhof

Die Evangelische Kirche in Berlin hat von 1943 bis Kriegsende ein Zwangsarbeiterlager auf dem Jerusalemer Kirchhof betrieben. Bischof Huber sagte gestern: „Am generellen blinden Fleck“ gegenüber Zwangsarbeit „haben wir leider als Kirche teilgenommen“. (dpa)